



Zeitung

der Sozialen Liste Bochum

Demo gegen Überwachung:

„...weil man uns die Freiheit klaut“

Mehrere hundert Menschen demonstrierten am 27. Juli in Bochum gegen die Tätigkeit der Geheimdienste der USA, Großbritanniens und Deutschlands. Sie äußerten zugleich ihre Solidarität mit Edward Snowden.



von Christoph Nitsch

Den Hintergrund für die Demo bilden die Offenlegung des mit Abstand größten weltweiten Überwachungsskandals aller Zeiten. Neben offensiver Wirtschafts- und politischer Spionage wurde ein bislang unvorstellbares Netz der Massenüberwachung bekannt. Immer deutlicher wird auch eine Beteiligung deutscher Geheimdienste und politischer Kräfte an den Überwachungsprogrammen gegen die eigene Bevölkerung. Die Privatsphäre wird zerstört, Freiheitsrechte beschnitten und die Bestimmungen der deutschen Verfassung mit Füßen getreten.

„Wir verstehen die Demonstration auch als Beitrag der Solidarität für Edward Snowden und die anderen, die diese Machenschaften öffentlich gemacht haben“, sagte Christoph Nitsch, Vorsitzender der Sozialen Liste.

Regelbedarfe zum SGB: 9 Euro mehr

Die Regelbedarfe von rund 8 Mio. Personen im Bereich SGB II/SGB XII und dem AsylbLG werden zum Jahresbeginn 2014 um rund 2,3 % steigen.

Diesen Beschluss fasste jetzt die Bundesregierung. Dadurch wird auch der Hartz-IV-Regelsatz für Alleinstehende von bisher 382 auf 391 Euro steigen. Leben zwei Erwachsene in einer Bedarfsgemeinschaft, so erhalten sie künftig jeweils 353 Euro. Der DGB, die Wohlfahrtsverbände und andere kritisierten die Erhöhung als zu gering. Der Paritätische hatte bereits für 2011 einen Regelsatz von 442 Euro als bedarfsdeckend errechnet.

Zur Höhe des Satzes hat sich kürzlich auch Peter Hartz in der Fernseh-Dokumentation „Auf der Suche nach Peter Hartz“ geäußert, dass „unser Ausgangsvorschlag 511 Euro war. Weil, wir hatten überhaupt keine Diskussion, dass es ein menschenwürdiges Einkommen sein muss ...“

In Sachen Regelbedarfe sind mindestens drei Verfahren beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) anhängig. Wahrscheinlich noch in diesem Jahr wird das BVerfG eine Entscheidung zum Thema Regelbedarfe treffen. Es ist zu erwarten, dass dieses Urteil nicht rückwirkend geltend wird, sondern für den Gesetzgeber einen Arbeitsauftrag für die Zukunft enthalten wird.

Soziale Liste fordert mehr sozialen Wohnungsbau

Hohe Mieten werden zur Armutsfalle

„Je niedriger die Einkommen sind, desto höher fällt die relative Wohnkostenbelastung aus und desto kleiner oder schlechter sind Wohnungen ausgestattet“, zu dieser Schlussfolgerung kommt die Studie „Wohnungsangebote für arme Familien in Großstädten“ der Bertelsmann-Stiftung, die im Juli veröffentlicht wurde. Vor allem Geringverdiener_innen, alleinstehende Rentner_innen und Familien mit mehreren Kindern haben auch in Bochum immer größere Schwierigkeiten eine bezahlbare Wohnung zu finden.

Laut Studie der Bertelsmann-Stiftung sind nur 14 % der Wohnungen in Bochum für arme Familien finanzierbar. Als Armutsschwelle für eine vierköpfige Familie ermittelte die Studie für Bochum 1.450 Euro. Viele Familien sinken nach Abzug der Miete auf ein finanzielles Niveau unter Hartz IV. Betroffen von diesen Ver-

hältnissen sind in hohem Ausmaß auch Kinder und Jugendliche. Während durchschnittlich etwa ein Drittel des Einkommens für Wohnen ausgegeben wird, ist es bei armen Familien im Durchschnitt etwa die Hälfte. Damit fallen wichtige Mittel für Bildung, Kultur und sinnvolle Freizeitgestaltung gerade bei Kindern

und Jugendlichen weg. Die Erfahrungswelt dieser jungen Menschen wird vielfach reduziert. Dies wird durch eine Konzentration von Wohnungen für arme Menschen in bestimmten Stadtteilen mit einem oftmals unzureichenden Wohnumfeld noch verstärkt.

Fortsetzung Seite 2

Marienkirche



Sommer 2013: Der Bauplatz für das heftig umstrittene Konzerthaus an der Marienkirche

Platz des europäischen Versprechens:

Reicht eine Entschuldigung der Oberbürgermeisterin und des Stadtbaurates?

Das Projekt „Platz des europäischen Versprechens“ wird immer mehr zum Sinnbild von Steuergeldverschwendung, schlampiger Arbeit und Selbstbedienungsmentalität. Ursprünglich ging es darum, den hässlichen Parkplatz an der Christuskirche zu erschließen, neu zu gestalten und insbesondere den Kirchturm mit seinen Mosaiken einzubeziehen.

Aus einer schlichten Bewerbung zum NRW Landeswettbewerb „Stadt macht Platz“ im Jahre 2004/05 wurde ein immer aufwendigeres Projekt. Vor allem als sich der Beschluss abzeichnete, das Ruhrgebiet 2010 zur Kulturhauptstadt zu erklären, sahen einige Beteiligte nur noch Geldströme auf Bochum zu kommen. Auch ein Künstler mit vielen Verbindungen zur (Landes-)Politik klinkte sich schnell ein, sah er doch die Möglichkeit einen Teil des Geldes für sich und seine Zwecke zu vereinnahmen.

Das Projekt wurde immer größer, immer aufwendiger und immer aufgeblasener. Die Platzgestaltung wurde schon bald um einen künstlerischen Prozess (Herstellung und Einbau von 22 Namensplatten) erweitert. Die Folge war, dass die Kosten ständig stiegen. Von ursprünglich 960.000 auf 3,3 Mio Euro, die

jetzt veranschlagt werden.

Zentraler Punkt ist ein Rahmenvertrag, den Stadtbaurat Ernst Kratsch unterschrieben hat, der einfachste Grundregeln der Vertragsgestaltung verletzt und dem „Konzeptkünstler einen Fertigstellungsanspruch seines künstlerischen Prozesses“ festschreibt. „Die Rahmenvereinbarung erlaubt einen direkten Zugriff auf die öffentlichen Kassen“, beurteilte ein Ratsmitglied kürzlich die Vereinbarung. Im Hintergrund geht es auch noch um Sponsorengelder, Zuschüsse und Drittmittel. Welche Rolle der Verwaltungsvorstand unter Leitung von Oberbürgermeisterin Dr. Otilie Scholz sowie der Kulturdezernent Michael Townsend in der Affäre spielen ist ebenso unklar wie die des beteiligten evangelischen Kirchenkreises.

Oberbürgermeisterin Dr. Otilie Scholz und Stadtbaurat Ernst

Kratsch haben sich schon mal entschuldigt, ohne genau zu sagen wofür und mit welchen Konsequenzen. Ein Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsamtes listet viele Fehler und Mängel auf, vor allem aber kritisiert er eine fehlende Steuerung und Kontrolle des Projektes. Im Raum steht der Vorwurf, „dass die Oberbürgermeisterin und die Verwaltung nicht in der Lage sind, komplizierte Vorgänge zu steuern“.

Obwohl eigentlich der Staatsanwalt tätig werden sollte, will der Rat den Erpressungen des Künstlers nachgeben, den künstlerischen Prozess (weitere teure Namensplatten) fortzusetzen und sich um weiteres Geld bemühen. Dies obwohl „der Platz fertig gestellt ist und von der Bevölkerung auch gut angenommen wird“, wie es Nuray Boyraz von der Sozialen Liste formuliert hat.

Fragen zu Bochum:

Zwangsverrentung durch Hartz IV

Die Berichte, dass JobCenter Langzeitarbeitslose mit Vollendung des 63.-Lebensjahres gegen ihren Willen drängen, eine Rente mit hohen Abschlägen zu akzeptieren, veranlassten die Soziale Liste zu einer Anfrage im Rat, um zu erfahren wie sich das JobCenter Bochum in dieser Frage verhält.

Die Fragen:

1. Wie viele über 58-jährige werden vom JobCenter in der Statistik geführt?
2. Wie viele Aufforderungen zur Beantragung einer Altersrente wurden seit dem 1. Januar 2012 verschickt?
3. Wie hoch ist der Anteil der in diesem Zeitraum erfolgten Übergänge von Hartz IV in die vorzeitige Verrrentung mit Abschlägen? Gab es Fälle, in denen Betroffene gegen ihren Willen in die vorzeitige Altersrente mit Abschlägen geschickt wurden?
4. Wie wirkt sich die „Rente mit 67“ hierbei aus?
5. Gibt es ein unabhängiges Beratungsangebot für Betroffene? Weist das JobCenter auf Beratungsmöglichkeiten hin? Erfolgt, gegebenenfalls ab wann, und bei welcher zu erwartenden Höhe der Rente, eine Aufforderung zu einer Rentenansatzstellung?

Keine weitere Verschleppung:

Opel-Betriebsrentenerhöhung auszahlen

General-Motors (GM) will die Betriebsrentner_innen um die seit 1991 vertraglich vereinbarte betriebliche Rentenerhöhung prellen! Dass die Verschleppung der Renten Anpassung ein Vertragsbruch ist, prangerten am 21. August mehrere hundert frühere Opel-Beschäftigte mit einer Demonstration vor dem Opel-Werk II in Laer an.



Die Soziale Liste Bochum hat sich mit den Renterinnen und Rentnern solidarisch erklärt. Ratssprecher Günter Gleising wies auf der Kundgebung vor Tor 1 auf den Skandal hin, dass „der GM-Konzern im letzten Jahr einen Rekordgewinn erzielt hat, die betriebliche Renten Anpassung von einem Prozent jährlich aber nicht bezahlen will.“

Besuchen Sie uns mal:
soziale-liste-bochum.de

Bilanz 2012:
Verlust von 833 Bäumen

Einen Besorgnis erregenden Verlust von 833 Bäumen zeigt die Baumbilanz der Stadt Bochum für das Jahr 2012. Darauf hat die Soziale Liste im Rat hingewiesen.



Nuray Boyraz

Aus Mitteilungen der Verwaltung geht hervor, dass im Jahr 2012 im Rahmen der sog. Baumschutzsatzung für 1.524 Bäume Fällgenehmigungen erteilt wurden, aber nur 1.058 Ersatzpflanzungen vorzunehmen waren. Weiterhin sind „Aufgrund der Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit in Park- und Grünanlagen“ im Jahr 2012 weitere 477 Bäume gefällt, aber nur 110 Bäume nachgepflanzt worden.



„Wir sehen in dieser außerordentlich negativen Baumbilanz einen deutlichen Verlust von Natur und Lebensqualität in der Stadt. Bochums guter Ruf als grüne Stadt nimmt Schaden“, beurteilt Nuray Boyraz, Ratsfrau der Sozialen Liste, die Entwicklung.

Gerther Markt:
Aufwertung gefordert

Die Soziale Liste spricht sich dafür aus, die Attraktivität des Gerther Marktes zu erhöhen. Der Markt (Mittwochs und Samstags) ist z. Z. mit nur rund 6 Ständen der kleinsten der insgesamt 14 Wochenmärkte in Bochum und Wattenscheid.



von Helgard Althoff

„Wir sehen in dem Markt und dem Marktplatz einen wichtigen Punkt im sozialen Leben des Stadtteils, der erhalten und ausgebaut werden soll“, sagt Helgard Althoff von der Sozialen Liste. Sie unterstützt deshalb Ideen und Vorschläge, die Attraktivität des Marktplatzes zu verbessern. Regelmäßige Kinder-Flohmärkte oder ähnliche Aktionen könnten dazu beitragen. Wichtig ist auch, dass die Bezirksvertretung diesen Weg mit unterstützt. Veränderungen bei der Aufstellung der Marktstände könnten die Attraktivität des Marktes erhöhen. Vorstellbar wäre zum Beispiel, die Stände zu einer offenen U-Form aufzustellen und die Mitte als Aktionsfläche zu nutzen. Auch sollten Überlegungen unter Einbeziehung der Markthändler_innen angestellt werden, den Markt mit Aktionstagen aufzuwerten und weitere Händler_innen zu gewinnen.

Fortsetzung von Seite 1
Hohe Mieten werden zur Armutsfalle

Vor allem Geringverdiener_innen, alleinstehende Rentner_innen und Familien mit mehreren Kindern haben in Bochum immer größere Schwierigkeiten eine bezahlbare Wohnung zu finden. Zahlreiche Familien sinken nach Abzug der Miete auf ein finanzielles Niveau im Armutsbereich. Bei den durchschnittlichen Wohnungsgrößen liegt Bochum mit 78 Quadratmetern fast 10 Quadratmeter unter dem Größendurchschnitt in NRW. 32 % aller Bochumer Wohnungen haben eine Größe unter 60 Quadratmetern.

Die Soziale Liste unterstützt die Forderungen des Deutschen Mieterbundes nach mehr sozialem Wohnungsbau, dem Erhalt und Renovierung von preiswerten Wohnungsbeständen und eine Begrenzung der Wiedervermietungs-Mieten. „Die Bertelsmann-Studie zeigt einen dringenden Handlungsbedarf in Sachen bezahlbare Mietwohnungen auch in Bochum“, so Günter Gleising, Ratssprecher der Sozialen Liste.

„In der Stadt Bochum steht seit Jahren die Unterstützung der Schaffung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen im Mittelpunkt (z. B. Wohnbauland-Konzept, „Entmietungen“ zum Eigentumswohnungsbau wie z. B. an der Lennerhofstraße). „Die Schaffung von Wohnraum für Bevölkerungsgruppen mit niedrigen und geringen Einkommen wurde vernachlässigt“, sagt der Ratssprecher der Sozialen Liste. Und weiter: „Unsere Stadt ist für alle da. Gutes und bezahlbares Wohnen muss ein anerkanntes soziales Grundrecht werden.“

Die Soziale Liste kritisiert, dass die Bertelsmann-Studie wichtige Teile des Problems nicht untersucht bzw. dargestellt hat. Dazu zählt die unzureichende Situation der Hartz IV-Empfänger_innen, die Ausklam-

merung der Heizkostenentwicklung, die Strukturveränderungen im Wohnungsbesitz durch Privatisierungen, Aufkäufe von Finanzinvestoren und Hedge-Fonds und die Frage warum Mieter_innen und Familien vielfach keine ergänzenden Leistungen (Wohngeld, Kinderzuschlag oder Hartz IV) beantragen.

Trotz dieser Kritikpunkte liefert die Studie zahlreiche Ansatzpunkte zu Fragen der Armutsentwicklung, der Wohnungssituationen und der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik.



Bauschild VBW: Bau von Eigentumswohnung

Stellungnahme der Sozialen Liste:
Nein zur Bebauung Lennerhof!

In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur- und Stadtentwicklung begründete der Ratssprecher der Sozialen Liste die Ablehnung des Bebauungsplanes (Nr. 895) zum „Campus Quartier Lennerhof“:

Ökologische Gründe
Wir lehnen die weitere Verdichtung, Nachverdichtung und Versiegelung des weitläufigen Bereiches um die Ruhr-Universität Bochum und die Hochschule ab. Durch die RUB-Erweiterungen, den Bau des Bio-Medizin-Parks, die Schaffung des Gesundheits-Campus und weiterer Baumaßnahmen hat die Verdichtung hier ein Ausmaß erreicht, das keine zusätzlichen Maßnahmen verträgt. Die einstmalige grüne Lunge Bochums darf nicht weiter geschwächt werden.

Städtebauliche Gründe
Die allgemeine Tendenz, dass Universitäten und Hochschulen stärker in die Innenstädte und Stadtteile drängen, ist auch in Bochum feststellbar. Strukturelle Umbruchprozesse und der demografische Wandel sind Gründe für die Soziale Liste diese Entwicklung städtebaulich zu fördern

und direkte und periphere Einrichtungen der RUB und der Hochschulen in der Innenstadt, den Stadtteilen und auf frei werden- den Opel-Flächen anzusiedeln, um so eine Entlastung in Querenburg zu schaffen.

Soziale und wohnpolitische Gründe
Die Soziale Liste lehnt die von der VBW geplante weitere „Entmietung“ von Wohnungsbeständen am Lennerhof aus sozialen und wohnpolitischen Gründen ab, weil dies zur Verdrängung von bezahlbarem



Häuser Lennerhof

Wohnraum zu Gunsten von teuren „Atelierhäusern“ führen würde. Stattdessen sollte aus Sicht der Sozialen Liste der vorhandene Wohnraum gesichert werden, ohne große Miet- und Gebührenerhöhungen.

Dramatischer Rückgang im Ruhrgebiet:
Sozialwohnungen fehlen

Landesbauminister Michael Groschek (SPD) hat die Städte und Gemeinden im Ruhrgebiet aufgefordert, mehr für den Bau von Sozialwohnungen zu tun. Hintergrund ist eine jetzt veröffentlichte Analyse, wonach sich die Zahl der Sozialwohnungen seit dem Jahr 2000 halbiert habe.

Bei wachsendem Bedarf gibt es nur noch 513.000 Sozialwohnungen an Rhein und Ruhr. In allen Städten seien „preiswerte Wohnungen Mangelware“, so Groschek. Ein besonderes Problem ist auch der Strukturwandel angesichts des demografischen Wandels. In Zukunft werde 1/3 des Wohnungsbestandes gebraucht, der barrierefrei für ältere Menschen ist. Zur Vermeidung von „erheblichen sozialen Spannungen“ sollte an Rhein und Ruhr mehr für den Bau von Sozialwohnungen getan werden. „Städte und Gemeinden soll-

ten“, so Groschek, „Bauherrn künftig bei der Ausweisung von Bauland oder dem Verkauf eigener Grundstücke zur Errichtung einer Quote von preisgebundenen Wohnungen verpflichten“. „Durch den Neubau allein wird sich das Problem fehlender Sozialwohnungen nicht lösen lassen“, kommentiert Günter Gleising, Ratssprecher der Sozialen Liste, die Darstellung des Ministers. Notwendig wird auch ein umfangreiches Modernisierungs-Programm von Wohnraum in bestehenden Häusern sein. Vor allem müssen sog. Entmietun-

gen, die Vernichtung von (preiswertem) Wohnraum und die Spekulation mit Wohnraum bekämpft werden. Hier sind auch die Landes- und Bundesregierung gefordert einzugreifen. Auch die vieldiskutierte Mietpreisbremse müsste endlich geschaffen werden und die Belastung der Mietnebenkosten durch die hohen Energiepreise zurückgeschraubt werden. Eine Sofortforderung an die Bundesregierung ist, die Heizkosten der Wohnung wieder bei der Berechnungsgrundlage des Wohngeldes zu berücksichtigen.

Anfrage:
Sozialer Wohnungsbau in Bochum

In der Stadt Bochum steht seit Jahren die Unterstützung der Schaffung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen im Mittelpunkt (z. B. Wohnbauland-Konzept, „Entmietungen“ zum Eigentumswohnungsbau). Aus Sicht der Sozialen Liste wurde die Schaffung von Wohnraum für Bevölkerungsgruppen mit niedrigen und geringen Einkommen vernachlässigt. Die Soziale Liste hat deshalb an die Verwaltung der Stadt Bochum folgende Fragen gestellt:

1. Welche Möglichkeiten sieht die Stadt Bochum den sozialen Wohnungsbau in Bochum wieder zu beleben?
2. Hat die Stadt Bochum alle Möglichkeiten von entsprechenden Fördertöpfen bei Bund und Land ausgeschöpft?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Stadt Bochum (z. B. auch über die VBW) beim Wohnungsbau von Wohnanlagen eine Verpflichtung zu schaffen, einen gewissen Anteil (20 %) von Sozialwohnungen zu bauen.
4. Wie haben sich in Bochum die Anzahl der Wohngeldempfänger_innen und die Höhe des Wohngelds entwickelt, seitdem keine Anpassung der Einkommensgrenzen erfolgt sind?
5. Welche Probleme ergeben sich aus dem demografischen Wandel und für den Bedarf von bezahlbaren seniorengerechten Wohnungen?
6. Gibt es ein Programm der Stadt Bochum zur Förderung des Umbaus/Baus von seniorengerechten Wohnungen?
7. Wie groß ist in Bochum das Problem der zur Verfügungsstellung von bezahlbaren behindertengerechten Wohnungen (Rollstuhlfahrer_innen)? Gibt es hierfür eine öffentliche Förderung bzw. welche Möglichkeiten hat die Stadt, die Schaffung solchen Wohnraums zu unterstützen?

Starkregen/Unwetter:
Stadt spricht von Katastrophe

Obwohl die Verwaltung den starken Niederschlag vom 20. Juni „in seiner Intensität und Ausbreitung über das halbe Stadtgebiet“ als eine „Katastrophe“ bezeichnet, gibt es für die Betroffenen keine finanziellen Hilfen aus entsprechenden Fonds.

Ob Regressforderungen aus dem Kommunalen Schadensausgleich (KSA) Erfolg haben, ist offen. Die Fragen der Sozialen Liste nach zu ziehenden Konsequenzen und den Zusammenhängen mit der voranschreitenden Versiegelung der Oberfläche bleibt die Verwaltung schuldig. Die Soziale Liste erneuert ihre Forderungen, endlich Konsequenzen aus dem Klimawandel zu ziehen und mit der Stadtplanung Freiflächen zu schaffen, die wachsende Versiegelung zu stoppen, Belüftungsschneisen zu entwickeln und großkronige Laubbäume auf allen verfügbaren Flächen zu pflanzen. Diese Umkehr in der Stadtplanung soll dazu beitragen, der Hitzeentwicklung entgegen zu wirken, das Stadtklima zu verbessern und die Aufnahme und Ableitung von Niederschlägen zu fördern.

Schreiben Sie uns mal:
info@soziale-liste-bochum.de

**Immer ärmer an Infrastruktur und Kultur!:
Uni-Center**

Nun stehen schon sieben Ladenlokale leer! Im August hat das Center-Management den gemeinnützigen Verein für Begegnungs- und Straßenkultur „University meets Querenburg e.V.“ (UmQ) die kostenfreie Nutzung zweier Ladenlokale aufgekündigt.

War es in der Zeit davor auch etwas stiller um die „Freihafengalerie“ geworden, wo es neben Kunstgegenständen und Ausstellungen auch Lesungen und Jazz-Konzerte gab, so war doch der „Freihafenbazar“ bis zuletzt ein Publikumsmagnet für die Querenburger Bevölkerung.

Hier konnte für kleines Geld gespendeter Hausrat, Kleidung, Bücher, Geschirr und Anderes erworben werden.

Gerade migrantische Familien nutzten das reichhaltige Angebot an Spielzeug und Kinderkleidung gerne.

Studierende deckten sich dort günstig mit Hausrat ein und LiebhaberInnen guter Literatur und Musik konnten dort mehr als das eine oder andere Schnäppchen machen.

Der „Freihafenbazar“ war jedoch mehr als nur eine Art „Sozialkaufhaus“, er war ein Treff, der die Menschen mehr als anderthalb Jahre zum Verweilen und zum Austausch einlud.

Nun hat das Center-Management diesem wichtigen Stück Begegnungskultur ein Ende bereitet, um nach einer Renovierung des Ladenlokals einen neuen Mieter anzulocken. Doch Neuvermietungen sind im Uni-Center momentan eher nicht die Regel!

Es gibt aber auch etwas Positives: Wir berichteten in dieser Zeitung schon mehrfach über die katastrophalen Wohnbedingungen der Mieter_innen in der „Querenburger Höhe“. Nun endlich sind in den letzten beiden Monaten wenigstens dringend benötigte Dachsanierungen unternommen worden – ein erster Schritt in die richtige Richtung, mögen weitere folgen!

Christoph Nitsch

VAPIANO

Schlechter Lohn, die Behinderung bei der Bildung von Betriebsräten und ungenügende Pausenregelungen, dies sind einige der Vorwürfe, die gegen Filialen der Restaurant-Kette VAPIANO erhoben werden.



Auch in Bochum gibt es seit einem Jahr eine derartige Einrichtung.

Auch hier musste das Arbeitsgericht mehrfach Klagen von Beschäftigten sowie der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten verhandeln. Mit einem Gekündigten einigte sich Vapiano jetzt vor dem Arbeitsgericht. Dieser akzeptierte seine Kündigung gegen Zahlung einer Abfindung von 65.000 Euro.

**Besuchen Sie uns mal:
soziale-liste-bochum.de**

Eine Aktion der VVN - BdA zu Paul von Hindenburg:

Ehrenbürgerschaft aberkennen

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bochum fordert den Rat der Stadt Bochum auf, Paul von Hindenburg die Ehrenbürgerschaft abzuerkennen. Sie hat eine Unterschriftenaktion gestartet und plant weitere Aktionen hierzu.

Der Text, für den derzeit Unterschriften gesammelt werden, lautet: „Ich unterstütze die Forderung, Paul von Hindenburg die Ehrenbürgerschaft von Bochum abzuerkennen. Hindenburg war einer der Initiatoren der „Dolchstoßlegende“, die die Reichswehr für „im Felde unbesiegt“ erklärte, Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte und an der Beseitigung der Weimarer Republik aktiv mitwirkte.

Die VVN schreibt: „Der geeignete Termin für die Aberkennung wäre der 30. Januar, dem Jahrestag, an dem Hitler vor 81 Jahren von Reichspräsident Paul von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt worden ist“.

Bochum gehört zu den Städten, die als erste Paul von Hindenburg zum Ehrenbürger ernannten. Seit 1917, zu seinem 70. Geburtstag, zählt er somit zu den 13 Personen, die Ehrenbürger der Stadt Bochum sind.



(Bundesarchiv Bild 183-S38324)

Während Adolf Hitler dieses „Recht“ 1984 aberkannt wurde, be-

steht es für seinen Steigbügelhalter bis heute.

Drastische Auswirkungen der Krise:

Ein Haushalt mit gestiegenen Schulden und hohen Risiken

Der Haushalt für das Jahr 2014 wurde kürzlich in den Rat eingebracht. Die Ausgaben (Aufwendungen) sollen demnach 1.178 Mio. betragen. Das zu erwartende Defizit wird mit 90 Mio. Euro beziffert. Die „Pro-Kopf-Verschuldung“ stieg um 353 Euro auf 4.157 Euro pro Einwohner.

Der hohe Grad der Verschuldung wird durch einen Vergleich mit dem Jahr 2003 deutlich. Damals lag die „Pro-Kopf-Verschuldung“ bei 2.136 Euro. In dem von Stadtkämmerer Dr. Busch vorgelegten Zahlenwerk werden die tiefen Einschnitte deutlich, die die Krise (Nokia, Opel, Armut) in Bochum verursacht hat. In der Entwicklung der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der Höhe der Entgelte pro Arbeitnehmer, der Einnahmen aus Steuern und der Bevölkerungsentwicklung ist Bochum im NRW-Städtevergleich drastisch abgefallen. Bevor aber die Haushaltsberatungen

in den Ausschüssen und dem Rat beginnen können, muss zusätzlich gespart werden, so die Kämmerei in einer „Ergänzenden Information“. Aus nicht realisierten Posten aus dem bisherigen Haushaltssicherungskonzept sind 4,6 Mio. „nachzusparen“. Der Stadtwerke-Konzern wird aufgrund veränderter wirtschaftlicher Bedingungen außerdem geschätzte 10 Mio. Euro pro Jahr weniger an die Stadt überweisen können. Weitere Verluste werden im nächsten Jahr wirksam, wenn aufgrund des Einbruchs bei den Börsennotierungen eine Neubewertung des Aktienbesitzes der Stadt Bochum

(RWE, Steag u. a.) notwendig wird.

Das der Haushalt derzeit überhaupt noch notdürftig funktioniert, liegt zum großen Teil an der Entwicklung auf dem Geldmarkt. So wird durch die anhaltend niedrigen Zinsen der Haushalt um 13,2 Mio. Euro entlastet. Die Stadt Bochum als Krisengewinnerin. Größter Investitions-posten ist das heftig umstrittene Musikzentrum mit 27,7 Mio. Euro, mit weitem Abstand gefolgt vom Straßenausbau mit 11,2 Mio. Euro. Der Haushalt wird in der Ratssitzung am 19. Dezember abschließend diskutiert und beschlossen.

Sportfreunde Westenfeld:

Marode Sportanlage

Einige Bochumer Sportvereine beklagen den Zustand der Sportplätze. Einen besonders gravierenden Fall, der Platz der Sportfreunde Westenfeld in Wattenscheid besichtigte jetzt Günter Gleising. Der Platz wird als Spiel- und Trainingsanlage des Vereins sowie als Freiraum für die angrenzenden Schulen genutzt.

„Der Zustand des Platzes ist erbärmlich“ sagte das Wattenscheider Ratsmitglied nach der Besichtigung. Mit einer Anfrage wandte sich deshalb jetzt die Soziale Liste an die Stadtverwaltung. Sie will wissen ob der Zustand des Platzes bekannt ist und wann mit der Behebung der Mängel zu rechnen sei?

Der Verein beklagt, dass der Zustand des Platzes zunehmend Einfluss auf dessen Leistungsvermögen und die Mitgliederentwicklung nimmt. Viele suchen sich Vereine aus, die über bessere Bedingungen verfügen. „Der Zustand in Westenfeld kann so nicht mehr hingenommen werden. Die Stadt muss endlich handeln“, fordert Günter Gleising.



Der Platz: staubig und hart wie Beton



Stolperkanten mit hoher Verletzungsgefahr

Sportfreunde Westenfeld 1965 e. V.

- Der Verein hat 300 Mitglieder und 7 Fußball-Mannschaften.
- 4 Mannschaften sind im Kinder- und Jugendbereich tätig.
- Die 1. Mannschaft spielt in der Kreisklasse B.
- Zum Verein gehört auch eine Damen-Gymnastikgruppe, die im benachbarten Sportzentrum ihre Übungsstunden abhalten kann.



Marode Tore und Übergänge vom Schulgelände zum Sportplatz

Sponsoring:

Keine Entlastung

Die Soziale Liste stimmte als einzige im Rat erneut der Entlastung der Organe der Sparkasse nicht zu.

Ihr Sprecher begründete diese Ablehnung mit der „fehlenden Bereitschaft der Sparkasse Bochum die Kundinnen und Kunden, die Öffentlichkeit und vor allem die Ratsmitglieder über den Umfang, das Ausmaß und die Verwendung des Sponsorings zu informieren.“

Auch über die Vorgänge der geplanten Paul McCartney-Veranstaltung ist keine Aufklärung sichtbar. Die Nichtoffenlegung des Sponsorings der Sparkasse, insbesondere für den Profisport und kommerzielle Events will die Soziale Liste nicht einfach hinnehmen ohne wenigsten öffentlich dagegen zu protestieren, als „Akt des politischen Protestes und nicht als Misstrauen gegen einen nach den einschlägigen Vorschriften erstellten Jahresabschluss“.

Europäische Koalition:

Städte gegen Rassismus

Die Europäische Koalition der Städte gegen Rassismus (ECCAR) ist 2004 von der UNESCO ins Leben gerufen worden.

Das Konzept geht dabei davon aus, dass Diskriminierung und Rassismus vor Ort entstehen und demnach auch vor Ort bekämpft werden müssen. Die der Koalition beigetretenen Städte verpflichten sich in einem „10-Punkte-Aktionsplan“ lokal angepasste Strategien zur Rassismusbekämpfung zu entwickeln. Zu den europäischen Städten die der ECCAR beigetreten sind, zählen u. a. Barcelona, Edinburgh, Graz, Köln, Riga, St. Petersburg und Sarajevo, insgesamt 104 Kommunen in 22 europäischen Ländern.

Die Soziale Liste fordert angesichts der sich auch in Bochum verbreitenden rassistischen Tendenzen, dieser Initiative beizutreten.

Wirtschaftsförderung:

Privatrechtliche Ausgliederung

Erwartungsgemäß hat eine große Koalition im Rat die privatrechtliche Ausgliederung des Amtes für Wirtschaftsförderung beschlossen.

Der Protest der Gewerkschaft ver.di, von Beschäftigten und dem Personalrat blieb ungehört. Lediglich die Linke und die Soziale Liste stimmten gegen die Beschlussvorlage mit dem irritierenden Titel „Weiterentwicklung der Organisation der Wirtschaftsförderung“.

Demobericht:

7.000 gegen die Schlachtfabrik von Wietze

In Wietze bei Celle (Niedersachsen) wurde vor kurzem der größte Schlachthof Deutschlands für Hühner und Hähnchen eröffnet, wo jährlich mehrere Millionen Tiere sterben. Der Betreiberkonzern Rothkötter fordert für die volle Auslastung des Schlachthofbetriebes den Bau von 200 Megaställen (übersetzt: Tierquälanstalten) und setzt damit alle Bauern, die noch artgerechte Tierhaltung haben, unter großem Druck.



von Ulrich Achenbach

Über 7.000 Menschen kamen aus vielen Teilen der Bundesrepublik. Milchviehhalter, Biobauern, Vegetarier, Veganer, Umwelt- und Tierschutzorganisationen, Parteien und Einzelpersonen demonstrierten einvernehmlich gegen die Massentierhaltung. Auch ich nahm an dieser Demonstration teil.

Nach einer Auftaktkundgebung auf dem Festplatz der Kleinstadt sprachen neben Kleinbauern, einem Vertreter der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten auch Delegierte aus dem Ausland. „Die Massentierhaltung in Deutschland schädigt auch uns Kleinbauern aus Brasilien. Als Futtermittel werden immer mehr Sojabohnen angebaut. Die Agrarindustrie sucht weitere Anbauflächen und übt großen Druck auf uns aus bzw. nimmt sich unser Land mit Gewalt“, äußerte sich ein betroffener Bauer aus Brasilien. Aus Griechenland kam folgender Wortbeitrag: „Durch den Export der deutschen Billig-Hühner nach Griechenland können wir unsere Produkte kaum verkaufen. Dadurch ist Griechenland arm“.

Der ca. 1 qkm große Schlachthof wurde nach einem langem Demonstrationzug von tausenden Menschen umzingelt.

Weitere Infos: www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=6352

Geringe Attraktivität:

Bochum-Pass

Von über 25.000 Menschen die „antragsberechtigt“ sind, haben im vergangenen nur 1.344 einen „Vergünstigungsausweis“ erhalten. Dieser „Bochum-Pass“ ermöglicht günstigere Eintrittspreise in Einrichtungen zur Freizeitgestaltung und Kultur.

Als Grund, warum nur so wenige Menschen den Bochum-Pass beantragen, sieht die Soziale Liste die bürokratischen Hürden, die oftmals nur geringen Rabatte bei den Eintrittspreisen und die fehlende Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Bochum und des JobCenters.

9-jähriges Bestehen:

Bochumer Montagsdemo feierte

Zum ersten Mal trafen sich über 1.000 Menschen auf dem Husemannplatz, um gegen die drohenden Hartz-Gesetze (Zusammenlegung der ehemaligen Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau) zu protestieren. Das war am 16.8.2004. Inzwischen sind mehr als 9 Jahre verstrichen, und die bereits totgesagte Montagsdemonstrationsbewegung gibt es immer noch.

Zwar ist die Teilnehmer_innenzahl gesunken, doch ein harter Kern kämpft weiterhin gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung und sorgt dafür, dass die Hartz-Gesetze in der Bevölkerung nicht vergessen werden. Seit langem richtet sich der Protest nicht nur gegen die Hartz-Gesetze, auch andere aktuelle Probleme stehen auf der Tagesordnung wie der Kampf um Arbeitsplätze wie bei Opel, der Widerstand gegen Atomkraft, der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Umwelt u.v.a.

Die Bochumer Montagsdemo feierte ihren 9. „Geburtstag“ und bekam Grußworte von der Sozialen

Liste Bochum, der MLPD und einem Vertrauensmann der Belegschaft von Opel. Außerdem verlas ein Moderator eine Solidaritätserklärung der Streikleitung der griechischen Stahlarbeiter aus einem Werk in der Nähe von Athen an alle bundesweiten Montagsdemos.

Danach folgte der Höhepunkt des Kulturprogramms. Ein Sketch zur aktuellen Situation beim JobCenter Bochum-Mitte sorgte für allgemeine Heiterkeit. Es wurde in satirischer Form dargestellt, dass sich Menschen im Wartebereich stauen, während die Flure in den Stockwerken leer sind.



Bei gutem Wetter verweilten viele Passant_innen bei Getränken und Kuchen, Salaten und Würstchen vom Grill.

Ulrich Achenbach

Der Ausflugs-Tipp:

Der Westpark

Dort wo früher Stahl gekocht wurde, Glocken gegossen und auch bis 1945 Kanonen und Panzerteile hergestellt wurden, befindet sich heute der Westpark. Die frühere Gebläsemaschinenhalle ist zum Veranstaltungszentrum Jahrhunderthalle umgebaut worden.

Große Flächen dienen als Park. Hier stößt man immer wieder auch auf industrielle Relikte, Wasserflächen und karge versiegelte Flächen. Hoch über dem Gelände steht als Landmarke der Wasserturm. An verschiedenen Stellen finden sich Fundamente, alte Beleuchtungsmasten, Gleisanlagen oder andere Zeugen der vergangenen Industrie-Epoche. Ehemalige Klärbecken mit Kühltürmen wurden zum Biotop. Ein Rundgang durch den Westpark bietet ungewöhnliche Ein- und Ausblicke, regen zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der Zukunft an. Licht, Luft und Weite sind für die großstadtgeplagte Seele eine Erholung. Eine große Pflanzenvielfalt, die zu Kräuterspaziergängen anregt, hat sich hier ungestört angesiedelt.

Der Westpark ist gut mit dem ÖPNV (302/310/345), Haltestelle Bochumer Verein/Jahrhunderthalle zu erreichen.

Günter Gleising



Der alte Wasserturm



Entree des Westparks, das Stützbauwerk, das „Colosseum“, mit den Stahlplastiken des kürzlich verstorbenen Bochumer Künstlers Friedrich Gräsel



Ruheflächen

Berufsbildungsmesse:

Keine Teilnahme der Bundeswehr!

Die Soziale Liste wendet sich entschieden gegen eine Einladung der Bundeswehr zur Teilnahme an der Berufsbildungsmesse am 09./10. Oktober 2013 im RuhrCongress, um für ihre „Zivilen Berufe“ werben zu können. Eine Trennung von Zivilberufen und Militär ist aber nicht möglich.

Die ebenfalls geplante Podiumsdiskussion „Jugendoffizier“ der Bundeswehr mit Vertreter_innen der Friedensbewegung und anderen, hat für uns, so Gleising, eine reine Feigenblattfunktion.

Die Soziale Liste im Rat hat in diesem Zusammenhang auch auf die verstärkten Anstrengungen der Bundeswehr hingewiesen, in Schulen, den JobCentern und Medien für die Ausbildung und Tätigkeit bei der Bundeswehr zu werben. Der Etat für diese Werbekosten wurde von 8,6 Mio. Euro im Jahr 2012 auf über 20,3 Mio. Euro im Jahr 2012 aufgestockt. Neuerdings betreibt auch die Bundeswehr in Bochum ein Büro das den Titel „Karriereberatung“ trägt.

Die Soziale Liste tritt vehement gegen eine Militarisierung im Innern ein, wie sie in der verstärkten Bundeswehrwerbung und der Aufstellung der RSU-Kräfte deutlich wird. „Stattdessen fordern wir eine konsequente Friedenserziehung an allen öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen“, so Nuray Boyraz, Ratsfrau der Sozialen Liste.

Seniorenwohnrichtungen

Aufgrund der Umstände und Gründe für die Verlegung der Bewohner_innen des Antonius Stifts stellte die Soziale Liste jetzt eine Anfrage über die Situation bei den Senioreneinrichtungen der Stadt Bochum.



U.a. wird gefragt ob die Städtischen Alten- und Pflegeheime die Anforderungen, die das Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) vorschreibt, erfüllen und wie es mit der Einzelzimmerquote in den einzelnen Heimen aussieht.



Herausgeberin:

Soziale Liste Bochum, Vorstand und Soziale Liste im Rat, Ratsgruppe
V.i.S.d.P.:
Günter Gleising, Soziale Liste, Willy-Brandt-Platz 2-6, 44777 Bochum.
Druck: Rollenoffset-Druck Kiel GmbH, Kiel
E-Mail:
SozialeListeImRat@bochum.de
oder
info@soziale-liste-bochum.de
Internet: www.soziale-liste-bochum.de
Telefon: 0234 - 910 10 47
Fax: 0234 - 910 10 48

SOZIALE LISTE BOCHUM

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaut öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten könnten. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der „Steuerreform“ immer weniger Steuern zahlen, weil sie gleichzeitig immer mehr Menschen arbeitslos machen. Wir treten für ein lebens- und liebenswertes, ein menschliches und solidarisches Bochum ein. Konsequenter und unbestechlich wollen wir den Interessen der kleinen Leute Gehör verschaffen. Im Gegensatz zu anderen Parteien erhalten wir keine Zuwendungen von Unternehmen oder reichen Mäzenen. Dennoch benötigen auch wir Geld, um unsere Positionen bekannt zu machen, um Flugblätter und Veranstaltungen zu finanzieren. Jede auch noch so kleine Spende ist willkommen:

**Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G.,
BLZ 430 609 67, Konto-Nr. 400 891 69 00**

Ich möchte...

- ☐ Informationen über die Soziale Liste Bochum bekommen.
- ☐ Einladungen zu den Veranstaltungen der Sozialen Liste Bochum.
- ☐ Mitglied werden.

Name: _____
Straße: _____
PLZ, Ort: _____
Tel.: _____

Ausschneiden, auf Postkarte kleben und an neben stehende Adresse schicken.